

12. November 2007, 20:37 – Von Richard Diethelm

## Bei den Streubomben zögert Bern

**Die Schweiz ging bei der Ächtung der Antipersonenminen voran. Bei den Streubomben, deren Blindgänger Zivilisten ebenso gefährden, hält sie sich bis jetzt jedoch zurück.**

Die Schweiz verbot als zweites Land der Welt per Gesetz Antipersonenminen. Diese Waffen sind besonders heimtückisch, weil sie nicht zwischen Soldaten und Zivilisten unterscheiden, das Opfer verstümmeln und noch Jahre nach Kriegsende ahnungslose Zivilisten töten oder verletzen. 1997 war die Schweiz auch unter den Ersten, die das Abkommen von Ottawa unterzeichneten. Es verbietet, Antipersonenminen einzusetzen, herzustellen, zu lagern und damit zu handeln. Ein Jahr später rief der Bund zudem das Genfer Internationale Zentrum für Humanitäre Minenräumung (GICHD) ins Leben.

«Unser Hauptzweck ist es, die humanitäre Minenräumung sicherer, schneller, effizienter und billiger zu machen», sagt der Leiter des Zentrums, Stephan Nellen. Das GICHD fördert unter anderem die angewandte Forschung über die Minenräumung und ist eine globale Plattform für den Austausch von Erfahrungen und Fachwissen auf diesem Gebiet. Ein Drittel des Jahresbudgets von 14 bis 15 Millionen Franken entfällt auf das Informationssystem IMSMA, das weltweit in rund 50 Minenräumprogrammen eingesetzt ist.

### Zivilgesellschaft macht Druck

Jahr für Jahr steigerte der Bund auch sein finanzielles Engagement. 1999 waren es 5,7 Millionen Dollar, letztes Jahr 14,1 Millionen Dollar. Die Hälfte davon geht ans Genfer Zentrum, die restlichen Millionen an Entminungsorganisationen, die im Feld tätig sind, sowie an Hilfsprogramme für Minenopfer. Nicht eingerechnet ist, was das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) für die Ausbildung von Entminungsfachleuten und die Betreuung von Minenopfern in seinen Einsatzländern aufwendet.

An ihren Genfer Gesprächen über konventionelle Waffen hätte sich die Staatengemeinschaft nie auf eine Ächtung dieser Minen verständigt, wenn nicht das IKRK und die regierungsabhängige Internationale Kampagne für das Verbot von Landminen (ICBL) Dampf aufgesetzt hätten. Nach demselben Muster arbeiten die beiden Organisationen nun auf eine Ächtung der Streubomben hin. Streitkräfte setzten diese Kanistermunition jüngst im Südlibanon (2006), Irak (2003) und in Afghanistan massiv ein. Nach dem Krieg bleiben jeweils zahllose Blindgänger auf Feldern, in Bäumen und Büschen zurück, wo sie ahnungslose Bauern und spielende Kinder töten oder verletzen.

Im Gegensatz zu Norwegen, Österreich, Belgien, Irland und Neuseeland hält sich die Schweiz bei der Ächtung von Streubomben bisher zurück. Sie wird im «Oslo-Prozess», den Norwegen dieses Frühjahr im Verein mit der regierungsunabhängigen Koalition von Befürwortern eines totalen Verbots ansties, zwar mitverhandeln. Doch der Bundesrat antwortete im Mai mit vielen Wenn und Aber, als ihn das Parlament beauftragte, im Gesetz ein Verbot der Kanistermunition zu verankern, die «wegen ihrer Unzuverlässigkeit oder Ungenauigkeit ein ernsthaftes humanitäres Risiko darstellt». Einerseits vertraut er auf die technische Vermeidung von Blindgängern. Andererseits hält er eine internationale Regelung für «zwingend». Mit Beteiligung der «wichtigsten Staaten, deren Streitkräfte mit Kanistermunition ausgerüstet sind», wie er schrieb.

### Antipersonenminen: Verbot greift

Genf. - Das am 3. Dezember 1997 in Ottawa unterzeichnete Abkommen für ein Verbot von Antipersonenminen ist kein Papiertiger geworden. Obwohl es im Klub der 155 Unterzeichnerstaaten mit den USA, Russland, China, Indien, Pakistan und Israel gewichtige Abwesende gibt, lässt sich die Bilanz nach zehn Jahren sehen: Laut dem gestern in Genf vorgestellten Jahresbericht der Landminen-Überwachung setzten 2006 nur noch Burma und Russland (in Tschetschenien) solche Minen ein.

Die Zahl der registrierten Unfälle mit Minen und explosiven Munitionsrückständen ging um 16 Prozent auf 5751 Fälle zurück, was im Trend liegt. Allerdings sind drei von vier Opfern ahnungslose Zivilisten und davon ein Drittel Kinder. Von früheren Unfällen sind dem weltweiten Beobachternetz 473'000 Minenopfer bekannt, die

in den meisten Fällen ihr Leben lang medizinische Betreuung bräuchten.

Die Produktion nahm stark ab. 33 der 50 Länder, die früher solche Waffen herstellten, halten sich heute ans Verbot. Seit das Abkommen 1999 in Kraft trat, wurden in den Waffenarsenalen beinahe 42 Millionen Minen zerstört. Der Handel mit Antipersonenminen kam praktisch zum Erliegen. In 7 Ländern mit einst schweren Minenproblemen ist die Räumung abgeschlossen. In 45 weiteren Staaten ist sie noch im Gang, zum Teil mit erheblichem Rückstand auf die im Abkommen gesetzten Fristen.

Für die kostspielige Minenräumung, die Vernichtung der Lagerbestände und die Opferhilfe wurden zwischen 1992 und 2005 rund 2,9 Milliarden Dollar aufgewendet. Die von den USA, der EU, Norwegen und Kanada angeführten Geldgeber stifteten 2006 die Rekordsumme von 475 Millionen Dollar. Allerdings fliesst der grösste Teil dieses Geldes in die Minenräumung und die Soforthilfe auf Kriegsschauplätzen, die wie der Libanon im Scheinwerferlicht der Weltöffentlichkeit stehen. Für die Hilfe an Minenopfer und die Minenräumung in vergessenen Ländern stockt der Mittelfluss. (di)



© Tamedia AG – Quellen: [tagesanzeiger.ch](http://tagesanzeiger.ch) – Agenturen – » [Fenster schliessen](#)